

Wabnitz/Janovsky/Schmitt
Handbuch Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

Handbuch Wirtschafts- und Steuerstrafrecht

Herausgegeben von

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Generalstaatsanwalt a. D.

Thomas Janovsky

Generalstaatsanwalt a. D.

Lothar Schmitt

Präsident des Oberlandesgerichts a. D.

6., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2025



Zitiervorschlag

Wabnitz/Janovsky/Schmitt WirtschaftsStrafR-Hdb/Bearbeiter Kapitel Randnummer
Wabnitz/Janovsky/Schmitt WirtschaftsStrafR-Hdb/Raum Kap. 4 Rn. 12

beck.de

ISBN 978 3 406 80780 0

© 2025 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorworte

Vorwort zur 6. Auflage

Im Jahre 2000 erschien die 1. Auflage des vorliegenden Handbuchs Wirtschafts- und Steuerstrafrecht. Sie umfasste 22 Kapitel und 1438 Seiten. In dem Vorwort zur 1. Auflage führten die Herausgeber Dr. Heinz-Bernd Wabnitz und Thomas Janovsky aus, dass man „aufgrund der raschen Zunahme wirtschaftsdeliktischer Handlungsformen und des daraus resultierenden Aktualisierungsbedarfs eine neue Konzeption für die Gesamtdarstellung der Materie verwirklicht habe“. Die fortschreitende Entwicklung hin zum digitalen Zeitalter war damals zwar schon erkannt, in ihrer Exorbitanz so jedoch nicht vorhersehbar. Noch weniger war zu erwarten, dass Künstliche Intelligenz in so kurzer Zeit mannigfaltig unser Dasein immer mehr bestimmen wird – oft ohne, dass wir es bemerken und uns dessen immer bewusst sind. Die neuen Möglichkeiten und Chancen eröffnen sich aber nicht nur den Rechtschaffenen, sondern in gleicher Weise auch den Straftätern. Und auch hier gilt: oft ohne, dass wir es bemerken und uns dessen bewusst sind. Gerade im Bereich der Wirtschaftsstrafataten spielt seit je her die Verschleierung eine zentrale Rolle bei der Tatbegehung. Und die Möglichkeiten der Verschleierung und Manipulation sind durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz um ein Vielfaches gestiegen. Tarnen und Täuschen im Netz sind nicht schwieriger, sondern einfacher geworden, die Aufklärung stellt die Ermittler im Hinblick auf enorme Datenmengen und internationale Verflechtungen vor immer größere Schwierigkeiten. Geistiges Eigentum, Vermögenswerte von Privaten, von Firmen oder des Staates, sind noch größeren Gefahren ausgesetzt, werden zu willkommenen Angriffsobjekten international agierender Täter. Selbst Staaten machen von den Möglichkeiten, auf diese Weise leicht an Geld oder Know-how zu kommen, vermehrt Gebrauch; die bewusste Nutzung der Möglichkeiten des Netzes zum eigenen Vorteil ist Teil ihrer Politik geworden. Dieser Entwicklung, welche in Ihrer Dynamik und ihrem steten Wachsen nicht mehr aufzuhalten ist, versucht die neue Auflage neben der Aktualisierung und teilweisen Neukonzeption der anderen Kapitel Rechnung zu tragen. So sollen insbesondere die Darstellungen in den Kapiteln „Cybercrime – Materielle Fragen“, „Blockchain und Kryptowerte“ und „Cybercrime – Strafprozessuale Ermittlungen“ zum Erkennen, zur Aufklärung und zur Verfolgung dieser mit den Möglichkeiten des Netzes begangenen Straftaten helfen und gleichzeitig präventiv wirken.

Auch für die vorliegende Auflage konnten wiederum eine Reihe neuer Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Zu nennen sind in der Reihenfolge der Kapitelbearbeitung der Leiter der Wirtschaftsstrafabteilung der Staatsanwaltschaft Augsburg Achim von Engel, welcher zusammen mit dem Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft München I Andreas Eichinger das 6. Kapitel „Geldwäsche“ neu bearbeitet hat. Des Weiteren sind neu hinzugekommen für das 7. Kapitel „Organisierte Wirtschaftskriminalität“ Frau Rechtsanwältin und Fachanwältin für Strafrecht aus Frankfurt Dr. Astrid Lilie sowie für das 8. Kapitel „Insolvenz und Sanierung – Zivilrechtlicher Teil“ Herr Rechtsanwalt (Würzburg) und Lehrbeauftragter an der Technischen Hochschule für Angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt Dr. Markus Wimmer, welcher zusammen mit dem bisherigen Autor Prof. Dr. Siegfried Beck, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Insolvenzrecht und für Steuerrecht in Nürnberg, dieses Kapitel bearbeitet.

Für die Kapitel „Straftaten im Gesundheitswesen“ und „Schutz von Geschäftsgeheimnissen“ (Kapitel 14 und 17) konnten neu gewonnen werden Herr Prof. Dr. Olaf Hohmann, Rechtsanwalt in Stuttgart und Honorarprofessor an der Universität Greifswald zusammen mit seiner Kanzleikollegin Frau Rechtsanwältin Ann-Kathrin Schreiner. Frau Akademische Rätin a. Z. und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Deutsches, Europäisches und Internationales Strafrecht und Strafprozessrecht, Wirtschaftsstrafrecht und das Recht der Digitalisierung an der Ludwig-Maximilians-Universität München Dr. Tanja Niedernhuber hat die Bearbeitung des neu hinzugekommenen 16. Kapitels „Blockchain und Kryptowerte“ übernommen. Das ebenfalls neu hinzugekommene 26. Kapitel „Sanktionen bei Embargoverstößen“ wird bearbeitet von Herrn Prof. Dr. Jan Martin Hoffmann, Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Herr Matthias Nickolai, Vizepräsident des Amtsgerichts Augsburg, hat zusammen mit Herrn Richter am Amtsgericht Augsburg Johannes Pausch das 28. Kapitel „Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens“ übernommen, Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft München Dr. Klaus Ruhland die Bearbeitung des 32. Kapitels „Vermögensabschöpfung (mit Abgrenzung zu §§ 74 ff. StGB), vorläufige Sicherung von Vermögenswerten, Vollstreckung rechtskräftiger Einziehungsentscheidungen und Opferentschädigung“.

Unser nachdrücklicher Dank gilt den neu hinzugekommenen Autorinnen und Autoren ebenso wie denen, welche an der Voraufgabe bereits mitgewirkt haben, für ihr hohes Engagement und die fundierten Bearbeitungen der einzelnen Kapitel. Einen besonderen Dank schulden wir Frau Dr. Niedernhuber, welche sich überaus kurzfristig nach dem unerwarteten Ausfall eines Autors zur Übernahme bereiterklärt hat.

Unser Dank gilt aber auch den Autorinnen und Autoren, welche sich auf eigenen Wunsch wegen umfangreicher anderweitiger Verpflichtungen nicht mehr an der Bearbeitung der Neuauflage beteiligen konnten und aus dem Autorenteam ausgeschieden sind.

Für die hervorragende Zusammenarbeit und stete Hilfestellung bedanken wir uns beim Verlag C.H.Beck, insbesondere bei den Lektorinnen Sabrina Steinmüller und Veronika Neft.

Hof/Bayreuth/Bamberg im November 2024

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Thomas Janovsky

Lothar Schmitt

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Ausgehend von dem 1981 erstmalig erschienenen und im Sommer 1997 in 4. Auflage herausgegebenen Buch ›Müller/Wabnitz/Janovsky, Wirtschaftskriminalität‹ wurde aufgrund der raschen Zunahme wirtschaftsdeliktischer Handlungsformen und des daraus resultierenden Aktualisierungsbedarfs eine neue Konzeption für die Gesamtdarstellung der Materie verwirklicht.

Die einzelnen Kapitel des Buches werden von ausgewiesenen Fachleuten ihrer Materie bearbeitet. Trotz des gestiegenen Umfangs des Werkes wurde Wert darauf gelegt, den Charakter eines Handbuches beizubehalten.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Abläufe und deren Ausnutzung durch die Straftäter werden aufgezeigt; im rechtlichen Bereich werden die (wirtschafts-)strafrechtlichen Regelungen dargestellt; aufgrund vielfältiger praktischer Erfahrungen der Autoren werden umfassende Hinweise für die Verfolgung und Aufklärung, aber auch für die Verhütung von Wirtschaftsstraftaten gegeben.

Das Handbuch wendet sich an Praktiker in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft.

Es soll Rechtsanwälten, Steuer- und Unternehmensberatern, Wirtschaftsjuristen in Firmen und Verbänden, Strafrichtern, Staatsanwälten, Angehörigen von Polizei, von Steuer- und Zollverwaltung, in Wirtschaftsunternehmen an verantwortlicher Stelle tätigen Personen eine praxisbezogene Gesamtdarstellung der juristischen Probleme und der Erscheinungsformen der wichtigsten Wirtschafts-, Steuer- und Zollstraftaten vermitteln. Gleichzeitig werden Lösungen für die aufgeworfenen Rechtsfragen und Hinweise zum Schutz vor Straftaten gegeben. Das Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts geht auf die Bedürfnisse der Praxis ein.

Mit ihm soll das nachhaltige Bestreben von Oberstaatsanwalt a. D. Dr. Rudolf Müller zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Steuerkriminalität fortgeführt werden.

Hof, im Februar 2000

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz/Thomas Janovsky

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Professorin für Kriminologie
Universität Gießen

Prof. Dr. Wolfgang Bär
Richter am Bundesgerichtshof
Honorarprofessor an der Universität Jena

Prof. Dr. Siegfried Beck
Rechtsanwalt in Nürnberg
Fachanwalt für Insolvenzrecht und Fachanwalt für Steuerrecht

Prof. Dr. Jens Bülte
Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht
Universität Mannheim

Prof. Dr. Dr. h. c. Gerhard Dannecker
Seniorprofessor für Straf- und Strafprozessrecht
Universität Heidelberg

Andreas Eichinger
Staatsanwalt als Gruppenleiter
Staatsanwaltschaft München I

Achim von Engel
Oberstaatsanwalt (stV)
Staatsanwaltschaft Augsburg

Dr. Philipp Gehrman
Rechtsanwalt in Berlin
Fachanwalt für Strafrecht

Stephan Gericke
Richter am Amtsgericht Ingolstadt

Ulrike Grube
Rechtsanwältin in Nürnberg

Dr. Thomas Hackner
Ministerialdirigent im Niedersächsischen Justizministerium

Prof. Dr. Jan Martin Hoffmann
Professor für Öffentliches Recht
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Prof. Dr. Olaf Hohmann
Rechtsanwalt in Stuttgart
Honorarprofessor an der Universität Greifswald

Thomas C. Knierim
Rechtsanwalt in Mainz
Lehrbeauftragter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Juliane Krause
Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht

Prof. Dr. Benjamin Küchenhoff
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Dr. Astrid Lillie
Rechtsanwältin in Frankfurt am Main
Fachanwältin für Strafrecht

Dr. Manfred Möhrenschrager
Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Nadja Müller
Rechtsanwältin in Heidelberg

Matthias Nickolai
Vizepräsident des Amtsgerichts Augsburg

Dr. Tanja Niedernhuber
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU)

Johannes Pausch
Richter am Amtsgericht Augsburg

Prof. Dr. Christian Pelz
Rechtsanwalt in München
Fachanwalt für Strafrecht und Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Ulrich Pflaum
Richter am Finanzgericht Nürnberg

Dr. Rolf Raum
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Felix Rettenmaier
Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

Denis Riediger
Rechtsanwalt in Dresden und Prag

Dr. Klaus Ruhland
Leitender Oberstaatsanwalt
Generalstaatsanwaltschaft München

Prof. Dr. Christian Rödl, LL. M.
Rechtsanwalt und Steuerberater in Nürnberg

Lennart Röer
Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Dirk Sauer
Rechtsanwalt in Mannheim
Fachanwalt für Strafrecht

Stefan Schilling
Rechtsanwalt in Dresden

Lothar Schmitt
Präsident des Oberlandesgerichts a. D.

Ann-Kathrin Schreiner
Rechtsanwältin in Stuttgart

Peter Solf
Geschäftsführer des
Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e. V. Bad Homburg

Dr. Markus Wimmer
Rechtsanwalt in Würzburg

Inhaltsübersicht

Vorworte	V
Vorwort zur 6. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	LIII

Allgemeines

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland (<i>Dannecker/Bülte</i>)	5
2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts (<i>Dannecker/Bülte</i>)	89
3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung auslandsbezogener Wirtschaftsstrafaten (<i>Möhrenschlager</i>)	249

Wirtschaftsstrafrecht

4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts (<i>Raum</i>)	303
5. Kapitel. Compliance (<i>Knierim</i>)	387
6. Kapitel. Geldwäsche (<i>von Engel/Eichinger</i>)	435
7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität (<i>Lilie</i>)	465
8. Kapitel. Insolvenz und Sanierung – Zivilrechtlicher Teil (<i>Beck/Wimmer</i>)	481
9. Kapitel. Insolvenz und Sanierung – Strafrechtlicher Teil (<i>Pelz</i>)	547
10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich (<i>Knierim</i>)	669
11. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel (<i>Gehrmann</i>)	761
12. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und gesellschaftsrechtlichen Pflichten (<i>Raum</i>)	819
13. Kapitel. Korruption (<i>Bannenberg</i>)	843
14. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen (<i>Hohmann/Schreiner</i>)	923
15. Kapitel. Cybercrime – Materielle rechtliche Fragen (<i>Bär</i>)	963
16. Kapitel. Blockchain und Kryptowerte im Strafrecht (<i>Niedernhuber</i>)	1105
17. Kapitel. Schutz von Geschäftsgeheimnissen (<i>Hohmann/Schreiner</i>)	1135
18. Kapitel. Strafbare Werbung (<i>Solf</i>)	1177
19. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie (<i>Röer</i>)	1215
20. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Dannecker/Müller</i>)	1239
21. Kapitel. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unzureichende Arbeitsbedingungen (<i>Riediger/Schilling</i>)	1455

Steuer-, Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

22. Kapitel. Steuerstrafrecht (<i>Pflaum</i>)	1619
23. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung (<i>Rödl/Grube</i>)	1713
24. Kapitel. Zollstrafaten (<i>Küchenhoff</i>)	1775
25. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG) (<i>Hoffmann</i>) ..	1939
26. Kapitel. Sanktionen bei Embargoverstößen (<i>Hoffmann</i>)	2019

Inhaltsübersicht

Ermittlungs- und Strafverfahren

27. Kapitel. Internationale Rechtshilfe (<i>Hackner</i>)	2059
28. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens (<i>Nickolai/Pausch</i>)	2157
29. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren (<i>Krause</i>)	2203
30. Kapitel. Cybercrime – Strafprozessuale Ermittlungen (<i>Bär</i>)	2261
31. Kapitel. Verständigung (<i>Schmitt</i>)	2383
32. Kapitel. Vermögensabschöpfung (mit Abgrenzung zu §§ 74 ff. StGB), vorläufige Sicherung von Vermögenswerten, Vollstreckung rechtskräftiger Einziehungsentscheidungen und Opferentschädigung (<i>Ruhland</i>)	2429
33. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen (<i>Rettenmaier</i>)	2487
34. Kapitel. Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen (<i>Sauer</i>)	2527
Sachverzeichnis	2565

Inhaltsverzeichnis

Vorworte	V
Vorwort zur 6. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	LIII

Allgemeines

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland

A. Einführung	14
B. Begriff der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	17
I. Klassische Definition und ihre Fortentwicklung	17
II. Strafprozessual-kriminaltaktisch orientierte Begriffsbildung des § 74c GVG	19
III. Orientierung an der besonderen Sozialschädlichkeit	19
IV. Orientierung am Rechtsgüterschutz	20
C. Kriminologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität	21
I. Struktur und Häufigkeit der amtlich registrierten Wirtschaftskriminalität	21
II. Materielle Schäden und Schadensschätzungen	22
III. Entstehungszusammenhänge der Wirtschaftskriminalität und Sozialprofil des Wirtschaftsstraftäters	26
IV. Steuermoral und Steuerhinterziehung	27
V. Aufklärungs- und Strafverfolgungsprobleme bei Wirtschaftsstraftaten ..	28
VI. Auswirkungen spezieller Regelungen des Allgemeinen und des Besonderen Teils des Strafrechts auf die Strafverfolgung	32
VII. Erledigung von Wirtschaftsstrafverfahren	40
VIII. Kriminalpolitische Forderungen zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	42
D. Zur geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	45
I. Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts bis zum Jahre 1945	45
II. Aufbau des Wirtschaftsstrafrechts nach dem 2. Weltkrieg	46
III. Einführung und Fortentwicklung des Ordnungswidrigkeitenrechts	48
IV. Die neuere Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	55
E. Offene Grundsatzfragen der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	85
F. Criminal Compliance	86

2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts

Einführung	99
A. Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Verwaltungsstrafrechts	100
I. Entwicklung der europäischen Einigung von der Gründung der EGKS bis hin zum Vertrag über eine Verfassung für Europa	101
II. Verbindung der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zu einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	108
III. Räumliche Erweiterung der Europäischen Union und Brexit	108
IV. Europa als kriminalgeographischer Raum	110
V. Überblick über die Bedeutung des Europarechts für das Straf- und Sanktionenrecht	111
B. Die Bedeutung des Unionsrechts für das nationale Wirtschaftsstrafrecht	151
I. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts	151
II. Bußgeldkompetenz der Europäischen Union aufgrund primärrechtlicher Regelungen	162
III. Kompetenz zur Einführung und Verhängung sonstiger repressiver Verwaltungssanktionen	166
IV. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung der Verletzung des Unions- bzw. Gemeinschaftsrechts	169
V. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen Strafrechtsordnungen (Assimilierungsprinzip)	173
VI. Bedeutung der Grundsätze des Unionsrechts für das nationale Strafrecht, Anwendungsvorrang und EuGH-Judikatur	175
VII. Unions- und gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	209
VIII. Anwendung nationaler und europäischer Grundrechtsstandards	212
IX. Ausweitung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße gegen das Unions- und Gemeinschaftsrecht durch Blankettstrafgesetze	220
C. Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Haushalts der Europäischen Union	221
I. Strafrechtlicher Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Union ..	222
II. Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften/Union durch Verwaltungssanktionen und Kontrollmaßnahmen der Kommission	235
D. Europäische Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU – Bedeutung der ehemaligen „dritten Säule“	237
I. Internationale Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen der Konsultationsgruppen TREVI	237
II. Zusammenarbeit im Rahmen der Schengener Abkommen	239
III. Internationale Kooperation im Rahmen der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	241
E. Rechtsschutz bei der Anwendung des europarechtlich determinierten Straf- und Strafverfahrensrechts durch den EuGH	246
I. Rechtsschutz durch den EuGH zur Sicherstellung der Vorgaben des Unions- und Gemeinschaftsrechts	247
II. Rechtsschutz durch den EuGH im intergouvernementalen Bereich	247

**3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung
auslandsbezogener Wirtschaftsstraftaten**

A. Einleitung		252
B. Die Einbeziehung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter in das deutsche Strafrecht		253
I. Wirtschaftsstraftaten, auf die „allgemeine“ Straftatbestände anwendbar sind		253
II. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter durch „autonome“ Entscheidung des Gesetzgebers		262
III. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften/Union oder sonst aufgrund völkerrechtlicher Verträge		269
C. Die Erfassung von grenzüberschreitenden und im Ausland begangenen Wirtschaftsstraftaten nach dem inter(trans)nationalen Strafanwendungsrecht ..		279
I. Reichweite des Territorialitätsprinzips		279
II. Aktives und passives Nationalitätsprinzip – Schutzprinzip		294
III. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege („aut dedere aut iudicare“)		297
IV. Universalitätsprinzip		298

Wirtschaftsstrafrecht

4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts

A. Zurechnung strafrechtlicher Pflichten		305
I. Strafrechtliche Haftung beim Handeln für Unternehmen		305
II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen		314
III. Formen strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen		323
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben		328
B. Spezifische Pflichten im Zusammenhang mit der Leitung von Unternehmen – Managerkriminalität		335
I. Strafrechtlich relevante Pflichtenstellungen		336
II. Umfang strafrechtlicher Verantwortlichkeit		358
C. Strafzumessung in Wirtschaftsstrafsachen		360
I. Schadensumfang		360
II. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe		381
III. Täter-Opfer-Ausgleich		382
IV. Sicherungsverwahrung bei Wirtschaftstätern		382
V. Sanktionen gegen juristische Personen (§ 30 OWiG)		383

5. Kapitel. Compliance

A. Compliance – materielles Recht		389
I. Einführung		389
II. Gesetzliche Grundlagen		399
B. Management der Compliance – Aufgaben		421
I. Pflichtenkreis		421
II. Ausgestaltung des Compliance-Managements		423
III. Aufklärungsmaßnahmen		425

6. Kapitel. Geldwäsche

A. Vorbemerkung/regulatorischer Rahmen (von Engel)	437
B. Materielle rechtliche Regelungen (von Engel)	439
I. Entwicklung	439
II. Die Regelung des § 261 StGB	439
C. Informationsfluss bei der Geldwäschebekämpfung (von Engel)	445
I. Die Identifizierungs- und Aufzeichnungspflicht	446
II. Die Pflicht zur internen Sicherung gegen Geldwäsche	446
III. Die Verdachtsanzeigepflicht	446
D. Erscheinungsformen der Geldwäsche (Eichinger)	447
I. Erkenntnisquellen	447
II. Ausgewählte Vorgehensweisen	448
E. Ermittlungstätigkeit und Strafverfahren (Eichinger)	453
I. Clearingverfahren und Vorermittlungen	453
II. Tatverdacht, Verfahrenseinleitung und Zwangsmaßnahmen	454
III. Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren	455
IV. Beteiligung der Geschädigten	460
V. Einstellung des Verfahrens	461
VI. Anklage, Hauptverhandlung und Urteil	461
VII. Vermögensabschöpfung	461
VIII. Handhabung einer Standardkonstellation: Durchlaufkonto und Sicherung eines Teilbetrags	462

7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität

A. Einleitung	465
B. Begriffsbestimmung und rechtlicher Rahmen	466
I. Begriffsbestimmung	466
II. Rechtlicher Rahmen	467
C. Praxisbeispiele	472
I. Abofallen	472
II. Einzeltricks und Schockanrufe	473
III. Cum-/Ex-Delikte	474
IV. Greenwashing	475
V. Cybercrime	477
D. Strafprozessuale Besonderheiten	478
I. Gremienentscheidungen	478
II. Bandenmäßige Begehung	479
E. Fazit und Ausblick	479

8. Kapitel. Insolvenz und Sanierung – Zivilrechtlicher Teil

A. Einführung	485
I. Volkswirtschaftliche Dimensionen der Insolvenzen	485
II. Zur Insolvenzordnung	487
III. Insolvenzziele und Umsetzungsalternativen	494
IV. Insolvenzrecht und Strafrecht	509
B. Insolvenzrechtliche Grundlagen	515
I. Insolvenzauslöser	515
II. Insolvenzantragspflicht	536
III. Gerichtliche Sofortmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	540
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts	543

**9. Kapitel. Insolvenz und Sanierung –
Strafrechtlicher Teil**

A. Einführung	552
I. Vorbemerkung	552
II. Die gesetzlichen Grundlagen	553
III. Täterkreis	554
IV. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	558
B. Straftaten vor Insolvenzeröffnung	559
I. Insolvenzverschleppung	559
II. Restrukturierungsverfahren nach dem StaRUG	576
III. Bankrott	577
IV. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	600
V. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	601
VI. Betrug (Lieferantenbetrug)	608
VII. Untreue	612
VIII. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	617
IX. Sonstige Insolvenzstraftaten iwS	625
X. Spezielle kriminelle Machenschaften	627
C. Straftaten nach Insolvenzantrag	632
I. Straftaten im Eröffnungsverfahren	633
II. Straftaten nach Insolvenzeröffnung	633
III. Strafbares Handeln nach Ablehnung mangels Masse	640
D. Strafbarkeit von Beratern	641
I. Allgemeines	642
II. Insolvenzverschleppung	642
III. Buchführungs- und Bilanzierungsdelikte	643
IV. Bankrottdelikte und Gläubigerbegünstigung	644
V. Betrug und Untreue	644
E. Insolvenzstrafverfahren	645
I. Einleitung von Vorermittlungen und Ermittlungen	645
II. Informationsgewinnung	646
III. Durchsuchung und Beschlagnahme	651
IV. Zeugenanhörung und -vernehmung; Umfeldermittlungen	656
V. Verwertungsverbot (Beweisverwendungsverbot)	657
VI. Verfahrensrechte des Insolvenzverwalters	659
VII. Strafverfahren und Insolvenzanfechtung	659
VIII. Einziehung und Insolvenz(straf)verfahren	660
F. ABC des „klassischen Verteidigungsvorbringens“	661

10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich

A. Bank- und Finanzwesen	672
I. Banken in Deutschland	672
II. Bankinterne Organisation und Kontrolle	678
III. Strafprozessuale Besonderheiten	680
B. Geld- und Zahlungsverkehr	685
I. Kassengeschäfte	685
II. Zahlungsverkehr und Kontoführung	690
III. Scheck- und Kreditkarten	699
IV. Scheck und Wechsel	701
C. Kreditgeschäfte der Banken	704
I. Allgemeines	704
II. Manipulationen zur Erlangung eines Kredites	711

III. Missbräuchliche Kreditgewährung	719
IV. Kredite in Kundenkrise und Insolvenz	730
V. Besondere Finanzierungen	733
D. Bankspezifische Strafnormen	737
I. KWG-Tatbestände	737
II. Andere bankspezifische Straftatbestände	751
11. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel	
A. Einführung	764
I. Die Entwicklung des Kapitalmarktstrafrechts	765
II. Handelsplätze am Kapitalmarkt	768
III. Finanzinstrumente	768
IV. Informationsquellen	770
B. Verbotstatbestände der Insiderdelikte	770
I. Allgemeines	770
II. Insiderinformation	772
III. Verbotstatbestände des Art. 14 MAR	778
C. Marktmanipulation	788
I. Einleitung	788
II. Verbot der handelsgestützten Marktmanipulation gem. Art. 12 Abs. 1 lit. a MAR	790
III. Verbot der handlungsgestützten Marktmanipulation gem. Art. 12 Abs. 1 lit. b MAR	794
IV. Verbot der informationsgestützten Marktmanipulation	795
V. Verbot der Referenzpreismanipulation nach Art. 12 Abs. 1 lit. d MAR	800
VI. Regelbeispiele in Art. 12 Abs. 2 MAR	801
VII. Safe harbours in Art. 5 MAR	801
VIII. Einwirkung auf den Börsen- und Marktpreis	801
D. Journalisten	802
E. Fragen des Allgemeinen Teils und Rechtsfolgen der Tat	804
I. Räumlicher Anwendungsbereich	804
II. Vorsatz und Irrtum	804
III. Unterlassensstrafbarkeit	805
IV. Strafraumen	805
V. Versuchsstrafbarkeit	806
VI. Vermögensabschöpfung	807
VII. Verjährung	809
VIII. Bekanntmachung von Maßnahmen	810
IX. Sonstige straf-, verwaltungs- und arbeitsrechtliche Folgen der Tat	810
F. Vortat iSd § 261 Abs. 1 StGB	811
G. Aufgaben der BaFin und ihre Rolle im Strafverfahren	811
I. Einführung	811
II. Aufsichtsrechtliche Befugnisse der BaFin	812
III. Rolle der BaFin im Strafverfahren	813
IV. Bußgeldbehörde	814
H. Strafprozessuale Befugnisse der Ermittlungsbehörden	815
I. Nebenbeteiligung, Adhäsionsverfahren und Akteneinsicht nach § 406e StPO	816

12. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und gesellschaftsrechtlichen Pflichten

A. Allgemeines	820
B. Straftaten im Zusammenhang mit Falschangaben über die Kapitalgesellschaft ..	821
I. Gründungsschwindel nach § 399 Abs. 1 Nr. 1, 2 AktG	821
II. Falsche Angaben in der öffentlichen Ankündigung nach § 399 Abs. 1 Nr. 3 AktG	823
III. Kapitalerhöhungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 4 AktG)	824
IV. Abwicklungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 5 AktG)	825
V. Täuschung über persönliche Voraussetzungen (§ 399 Abs. 1 Nr. 6 AktG)	825
VI. Wahrheitswidrige Erklärungen (§ 399 Abs. 2 AktG)	825
VII. Strafbare Falschangaben bei der GmbH (§ 82 GmbHG)	825
VIII. Falschangaben bei der Genossenschaft (147 Abs. 1 GenG)	828
IX. Falschangaben im Rahmen der Umwandlung (§ 346 Abs. 2, § 348 UmwG)	828
X. Vorsatz und Irrtum	829
C. Bilanzdelikte	830
I. Unrichtige Darstellung (§ 331 HGB)	831
II. Falsche Versicherung (§ 331a HGB)	834
III. Verletzung der Berichtspflicht (§ 332 HGB)	835
IV. Spezialgesetzliche Straftatbestände	837
D. Falsche Ausstellung von Berechtigungsscheinen (§ 402 AktG)	840
E. Strafbewehrte gesellschaftsrechtliche Pflichten im Zusammenhang mit Verlusten der Gesellschaft (§ 401 AktG; § 84 GmbHG; 148 GenG)	841
I. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 401 AktG)	841
II. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 148 GenG)	842
III. Verletzung der Verlustanzeigespflicht (§ 84 GmbHG)	842
F. Verletzungen der Geheimhaltungspflichten	842

13. Kapitel. Korruption

A. Allgemeines	848
I. Phänomen Korruption	848
II. Weiter Korruptionsbegriff	851
III. Strafrechtlicher Korruptionsbegriff	852
IV. Korruptionsstrukturen in Deutschland und empirische Erkenntnisse ...	852
V. Deutschland im internationalen Vergleich	859
VI. Statistik – Verbreitung der Korruption	861
VII. Dunkelfeld	869
VIII. Schädlichkeit der Korruption	871
IX. Öffentliches Dienstrecht und Folgen von Dienstpflichtverletzungen ...	874
X. Korruptionsprävention in Bund und den Ländern	875
XI. Compliance – Korruptionsprävention in der Wirtschaft	878
B. Materielles Strafrecht	880
I. Überblick	880
II. Bestechungsdelikte (§§ 331–335a StGB)	884
III. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, §§ 299, 300 StGB	899
IV. Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen, §§ 299a, 299b StGB	901
V. Untreue, § 266 StGB	902

VI. Politische Korruption und Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern, § 108e StGB	908
VII. Steuerhinterziehung	910
VIII. Korruption und Sport	911
IX. Die Auswirkungen des amerikanischen Strafrechts auf deutsche Unternehmen	914
X. UK Bribery Act	916
C. Ermittlungen bei Korruptionsdelikten	917
I. Notwendige Spezialisierung der Strafverfolgung	917
II. Erkenntnisquellen	918
III. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	919
IV. Vorschläge zur Intensivierung der Strafverfolgung gegen Korruption ..	921
D. Ausblick	922

14. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen

A. Einleitung	925
B. Betrug im Gesundheitswesen	925
I. Abrechnungssysteme	925
II. Die Tatbestandsmerkmale des Betrugs	933
III. „Begleitdelikte“ beim Abrechnungsbetrug	947
IV. Besonderheiten im Strafverfahren	947
C. Korruption im Gesundheitswesen	952
I. Vertragliche Beziehungen mit Dritten	953
II. Geld- und Sachgeschenke von (ehemaligen) Patienten	954
III. Einladungen und Kostenübernahmen	955
D. Vertragsarztuntreue	955
E. Straftaten im Pharmazie- und Rezeptbereich	956
I. Rezeptabrechnung der Apotheken	956
II. Der Wareneinkauf per Rezept	957
III. Die Sprechstundenbedarfsrezepte	958
IV. Beteiligung am Rezeptumsatz	958
V. Betrug mit reimportierten Arzneimitteln	959
VI. Abgabe aus Klinikpackungen	959
VII. Ermittlungshinweise	959
F. Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse	959
G. Tierarzneimittel oder veterinärmedizinische Produkte	961

15. Kapitel. Cybercrime – Materielle rechtliche Fragen

A. Einleitung und Begriff der Computer- und Internetkriminalität	969
I. Entwicklungen zur Informationsgesellschaft	969
II. Begriff der Computer- und Internetkriminalität und Überblick	972
B. Einzelne Deliktformen	975
I. Computerbetrug (§ 263a StGB)	975
II. Elektronische Urkundendelikte (§§ 269, 270, 274 StGB)	995
III. Beeinträchtigungen der „Datenintimität“ (§§ 202a–202c StGB) mit Datenhehlerei (§ 202d StGB)	1009
IV. Datenveränderung und Computersabotage (§§ 303a, 303b StGB)	1029
V. Illegale Nutzung von Programmen (§§ 106 ff. UrhG)	1052
VI. Persönlichkeitsverletzungen	1064
VII. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	1066
C. Weitere Straftaten im Internet	1072
I. Allgemeine Fragen und beispielhafte Verfahren	1072

II. Verantwortlichkeit der einzelnen Beteiligten	1079
III. Verantwortlichkeit für Hyperlink	1091
IV. Betrieb von kriminellen Plattformen (§ 127 StGB)	1093
V. Probleme des Tatnachweises	1099
D. Zusammenfassung und Ausblick	1102

16. Kapitel. Blockchain und Kryptowerte im Strafrecht

A. Einführung	1107
B. Begriffsklärungen	1108
I. Blockchain	1108
II. Kryptowerte und Kryptotoken	1112
III. Smart Contracts	1117
C. Kryptowerte im materiellen Strafrecht	1119
I. Betrugsdelikte („Scams“)	1119
II. „Diebstahl“ von Kryptotoken	1120
III. Erpressungsdelikte	1121
IV. Rechtswidrige Inhalte in der Blockchain	1122
V. Handel mit illegalen Waren und Dienstleistungen	1123
VI. Terrorismusfinanzierung	1124
VII. Mining auf fremden Systemen	1124
VIII. Double Spending	1125
IX. Geldwäsche	1126
X. Kapitalmarktrechtliche Delikte	1126
XI. Steuerhinterziehung	1127
D. Kryptowerte im Strafprozessrecht	1127
I. Ermittlungsmöglichkeiten in der Blockchain	1127
II. Herausforderungen für die Strafverfolgung	1130
III. Rechtsgrundlagen für die Ermittlungstätigkeit	1133
E. Einziehung von Kryptowerten	1133

17. Kapitel. Schutz von Geschäftsgeheimnissen

A. Einleitung	1137
B. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen (§ 23 GeschGehG)	1141
I. Historische Entwicklung	1141
II. Intertemporales Strafrecht	1141
III. Die verschiedenen Tatbestände des § 23 GeschGehG	1142
IV. Versuch und Vorbereitungshandlungen (§ 23 Abs. 5, 7 S. 2 GeschGehG)	1164
V. Rechtfertigungsgründe	1164
VI. Auslandstaten	1166
VII. Strafverfolgungsvoraussetzungen (§ 23 Abs. 8 GeschGehG)	1166
C. Schutz durch andere strafrechtliche Regelungen	1167
I. Gesellschafts-, Bank- und Kapitalmarktrecht	1167
II. Berufs- und Dienstgeheimnisse	1168
III. Post- und Fernmeldegeheimnis sowie elektronische Daten	1169
IV. Arbeitsrecht	1169
V. Personenbezogene Daten	1170
VI. Staatsgeheimnisse	1170
VII. Strafrechtlicher Schutz im Vorfeld von Verletzungshandlungen	1170
D. Hinweise zu präventiven Maßnahmen	1171
I. Physische Geheimhaltungsmaßnahmen	1172

Inhaltsverzeichnis

II. Organisatorische Geheimhaltungsmaßnahmen	1172
III. Vertragliche Geheimhaltungsmaßnahmen	1174
E. Geschäftsgeheimnisse in der Akteneinsicht	1175
F. Zivilrechtliche Ansprüche bei Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	1176

18. Kapitel. Strafbare Werbung

A. Werbung als Instrument der Wirtschaftskriminalität	1178
B. Schwindel mit Arbeitsplätzen und Nebenverdienst	1179
I. Vorgetäushtes Anstellungsverhältnis	1179
II. Heimarbeitsschwindel	1180
III. Attraktive Auslandsjobs	1181
IV. Bauernfängerei mit Servicenummern	1182
C. Dubiose Chiffreanzeigen	1182
D. Kredite für jedermann	1183
E. Sammlungen zu angeblich sozialen Zwecken	1184
F. Missstände bei der Haustürwerbung	1186
I. Kein generelles Verbot	1186
II. Schwindel beim Zeitschriftenvertrieb	1186
III. Strafbarkeitsvoraussetzungen	1187
IV. Erforderliche Sachverhaltsfeststellungen	1188
G. Bauernfängerei mit Kaffeefahrten	1188
I. Als Ausflug getarnte Verkaufsveranstaltungen	1188
II. Rechtliche Beurteilung	1189
III. Widerrufsrecht auch bei Fahrten über die Grenze	1190
IV. Vergleichbare Missstände bei anderen Verkaufsveranstaltungen	1191
H. Werbung mit Mondpreisen	1191
I. Vorgetäuschte Preisreduzierungen	1191
II. Beweisprobleme bei der Rechtsverfolgung	1192
I. Manipulierte Räumungsverkäufe	1193
I. Beliebtes Lockmittel zur Umsatzsteigerung	1193
II. Organisierter Schwindel durch professionelle Täter	1194
III. Defizite bei der Strafverfolgung	1195
J. Orientteppichschwindel	1196
I. Der Zwangsvollstreckungstrick	1196
II. Verwertung sicherungsübereigneter oder verpfändeter Teppiche	1197
III. Schwindel mit Wanderlagern	1198
IV. Missstände bei Räumungsverkäufen	1199
K. Heil- und Arzneimittelschwindel	1199
I. Straftaten im Reisegewerbe	1199
II. Publikumswerbung	1200
L. Progressive Kundenwerbung	1201
M. Kettenbriefe und Pyramidenspiele	1203
I. Kettenbriefaktionen	1203
II. Pyramidenspiele	1204
N. Formularfallen und Telefonfallen	1205
I. Versand fingierter Rechnungen	1205
II. Sonstige Schwindelmethoden	1206
III. Möglichkeiten des Zivilrechts	1207
IV. Gegenmaßnahmen der Wirtschaft	1208
V. Strafrechtliche Beurteilung	1208
O. Geldmacherei mit Abmahnungen	1211
I. Viel Ertrag mit wenig Aufwand	1211

II. Abmahnvereine	1211
III. Abmahnungen durch Pseudo-Wettbewerber	1212
IV. Strafrechtliche Beurteilung	1213
P. Pressespezifische Besonderheiten	1214
I. Strafprozessuale Aspekte	1214
II. Verjährung	1214

19. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie

A. Einleitung	1216
B. Die Definition von Produkt- und Markenpiraterie	1216
I. Kurzübersicht und -definition gewerblicher Schutzrechte	1217
II. Bedeutung geistigen Eigentums und Ausmaß von Produkt- und Markenpiraterie	1218
C. Gesetzeslage	1221
I. Produktpirateriegesetz	1221
II. Europäische Initiativen im Bereich des Strafrechts	1222
III. Markenrechtliche Straftatbestände	1222
IV. Weitere mögliche Straftatbestände	1229
V. Grenzbeschlagnahmeverfahren	1229
VI. Zivilrechtliche Ansprüche	1231
VII. Messen	1232
D. Präventionsmöglichkeiten	1233
E. Gegenmaßnahmen der deutschen Wirtschaft	1233
F. Wichtige Kontaktadressen	1234
I. Staatliche Stellen und Behörden	1234
II. Verbände	1235
G. Schutzrechte im Überblick	1235

20. Kapitel Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht

A. Schutz des freien Wettbewerbs durch straf- und bußgeldrechtliche Sanktionsvorschriften	1255
I. Schutz des Wettbewerbs	1255
II. Überblick über die Wettbewerbs- und Sanktionsvorschriften	1257
B. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	1260
I. Die durch Submissionsabsprachen verursachten Schäden	1261
II. Erscheinungsformen wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen	1262
III. Strafbarkeit von Submissionsabsprachen als Betrug	1263
IV. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	1269
V. Submissionsabsprachen als Kartellordnungswidrigkeiten	1279
VI. Verfahrensrecht	1279
C. Nationales Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1282
I. Überblick über die Entwicklung des GWB	1282
II. Regelungen und Systematik des GWB	1288
III. Bußgeldrecht und Systematik der Kartellordnungswidrigkeiten	1291
IV. Bußgeldbewehrte Verstöße gegen das materielle Wettbewerbsrecht	1298
V. Nationale Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle)	1331
VI. Normadressaten der Bußgeldvorschriften und Ahndung juristischer Personen	1334
VII. Geldbußen gegen Unternehmensvereinigungen	1344

VIII. Bußgeldrahmen: Höchstmaß der Geldbußen	1345
IX. Zumessung der Geldbuße	1347
D. Europäisches Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1372
I. Rechtsgrundlagen der wettbewerbsrechtlichen Bußgeldvorschriften ...	1372
II. Sanktionierung von Verstößen gegen kartellrechtliche Verbotsnormen .	1379
III. Dogmatische Einordnung und Ausgestaltung der Bußgeldtatbestände ..	1394
IV. Allgemeiner Teil des Kartellordnungswidrigkeitenrechts	1394
V. Bußgeldbemessung	1403
VI. Kartellverfahren auf Unionsebene	1411
VII. Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof	1419
VIII. Bußgeldtatbestände der Fusionskontroll-Verordnung der Europäischen Union	1421
E. Private Enforcement	1428
I. Ausgangspunkt: Kartellschadensersatzrichtlinie	1428
II. Schadensersatz und Vorteilsabschöpfung nach §§ 33a ff. GWB	1429
III. Prozessuale Vorschriften des GWB	1438
IV. Schadensersatzansprüche gegen Leitungspersonen bei Verstößen gegen die Legalitätspflicht	1441
F. Kartellrechtliche Compliance	1444
I. Risiken der Kartellrechtsverstöße	1444
II. Notwendigkeit kartellrechtlicher Compliance	1446
III. Compliance-Organisation	1448
IV. Inhalt der Complianceprogramme	1448
V. Kartellrechtliche Risikoanalyse	1449
VI. Kartellrechtliche Compliance-Maßnahmen	1450

21. Kapitel. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unzureichende Arbeitsbedingungen

A. Das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	1462
I. Einführung	1462
II. Organisation der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	1467
III. Ordnungswidrigkeiten im SchwarzArbG	1477
IV. Straftatbestände im SchwarzArbG	1482
V. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und von Subventionen	1491
B. Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen	1492
I. Begehungsweisen	1492
II. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt – § 266a StGB	1498
C. Schwarzarbeit durch Empfänger von Sozialleistungen wegen Verletzung von Mitteilungspflichten gegenüber den Sozialleistungsträgern	1518
I. Pflichten des Empfängers von Sozialleistungen gegenüber dem Sozialleistungsträger	1518
II. Häufig erschlichene Leistungen	1519
III. Begehungsweisen und Prüfungsaufgaben	1520
IV. Verwirklichte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	1521
D. Illegale Ausländerbeschäftigung	1524
I. Aufenthaltsrecht und Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt	1524
II. Ausländerrechtliche Verstöße durch Aufnahme einer unerlaubten Beschäftigung	1533
III. Verstöße gegen das Arbeitsgenehmigungsrecht	1538

E. Illegale Beschäftigung im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassung	1540
I. Arbeitnehmerüberlassung und andere Formen drittbezogenen Personaleinsatzes	1540
II. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	1545
III. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten im AÜG	1554
F. Das Mindestlohngesetz	1557
I. Einleitung	1557
II. Merkmale des Mindestlohns; Unabdingbarkeit	1558
III. Sachlicher Anwendungsbereich	1558
IV. Persönlicher Anwendungsbereich	1559
V. Höhe und Berechnung des Mindestlohns	1561
VI. Fälligkeit des Mindestlohns	1574
VII. Kontrolle und Durchsetzung des Mindestlohns	1574
VIII. Sonstige Pflichten	1576
IX. Ordnungswidrigkeiten im MiLoG	1577
X. Straftatbestände in Zusammenhang mit dem Mindestlohn	1580
XI. Sanktionen im weiteren Sinne	1582
XII. Vermeidung von Sanktionen	1583
G. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz	1584
I. Entwicklung und Zielsetzung	1584
II. Voraussetzungen und Inhalt Allgemeiner Arbeitsbedingungen	1584
III. Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen	1586
IV. Ordnungswidrigkeiten im AEntG	1593
V. Straftaten in Zusammenhang mit dem AEntG	1595
VI. Sanktionen im weiteren Sinne	1597
H. Entsendekriminalität am Beispiel des Werkvertragsverfahrens	1598
I. Grundlagen der Entsendung im Werkvertragsverfahren	1598
II. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten bei Entsendekriminalität	1598
I. Steuerliche Aspekte	1600
I. Allgemeines	1600
II. Schwarzlohnabreden	1601
III. Scheinselbstständigkeit	1606
IV. Werkverträge mit ausländischen Unternehmern	1609
V. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1612
VI. Verfahren	1614

Steuer-, Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

22. Kapitel. Steuerstrafrecht

A. Vorbemerkung	1624
I. Definition und Eingrenzung	1624
II. Umfang und Erscheinungsformen	1626
B. Tatbestand der Steuerhinterziehung	1627
I. Anknüpfung an das Steuerrecht	1627
II. Geltung des Allgemeinen Teils des StGB	1628
III. Taterfolg	1633
IV. Tathandlung	1637
V. Subjektiver Tatbestand	1645
VI. Besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung	1648
VII. Konkurrenzen	1651
C. Selbstanzeige	1654
I. Allgemeines	1655

Inhaltsverzeichnis

II. Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen	1657
III. Berichtigungsverbund	1660
IV. Negative Wirksamkeitsvoraussetzungen	1661
V. Selbstanzeigen betreffend Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen	1666
VI. Drittanzeige	1667
VII. Selbstanzeige bei Mitunternehmerschaften	1667
D. Formelles Steuerstrafrecht	1668
I. Allgemeines	1668
II. Anfangsverdacht	1670
III. Ermittlungsverfahren in Steuerstrafsachen	1675
IV. Gerichtliches Verfahren in Steuerstrafsachen	1692
V. Verfahren bei Selbstanzeige	1695
VI. Amtshilfe in Steuersachen	1700
VII. Verständigungen	1704
E. Rechtsfolgen der Steuerhinterziehung	1707
I. Strafrecht	1707
II. Berufsrecht	1709
III. Steuerschuld- und -verfahrensrecht	1710
F. Ausblick	1711

23. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung

A. Einführung	1715
I. Begriff des Internationalen Steuerrechts, Rechtsquellen	1715
II. Internationale Steuergestaltung	1716
III. Internationale Steuergestaltung und Steuerstrafrecht	1717
IV. Aktuelle Entwicklungen	1720
B. Ansässigkeit natürlicher Personen	1725
I. Steuerliches Gestaltungsziel	1725
II. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	1725
III. Typische Hinterziehungskonstellationen	1730
C. Funktionsverlagerung in ausländische Konzerngesellschaften	1734
I. Steuerliche Anerkennung als im Ausland ansässige Gesellschaft	1734
II. Funktionsverlagerungen und Verrechnungspreise	1740
III. Sonderfall Kapitalanlage (und andere passive Einkünfte) im Konzern ...	1750
D. Umsatzsteuer	1754
I. Wirkungsweise eines Umsatzsteuerkarussells	1754
II. Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung	1755
III. Strafbarkeit der Umsatzsteuerhinterziehung	1757
E. Internationale Tax Compliance	1760
I. Implementierung eines Tax-Compliance-Management-System	1760
II. OECD-Leitsätze	1761
III. Automatischer Informationsaustausch und FATCA	1762
IV. Meldungen über Beteiligungen im Sinne von § 138 AO	1765
V. DAC 6 und Umsetzung von Meldepflichten für grenzüberschreitende Steuergestaltungen	1766
VI. Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)	1768
VII. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	1771

24. Kapitel. Zollstrafaten

A. Allgemeines	1778
B. Aufgaben, Befugnisse und Organisation der Zollverwaltung	1778
I. Allgemeines	1778
II. Einnahmenverwaltung	1779
III. Verbote und Beschränkungen	1779
IV. Schwarzarbeitsbekämpfung	1780
V. Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	1780
VI. Überwachungsaufgaben	1780
VII. Strafverfolgung	1783
VIII. Verhältnis zwischen Überwachungs- und Ermittlungsaufgaben	1785
IX. Behördenzusammenarbeit	1785
X. Eilzuständigkeit für die allgemeine Gefahrenabwehr	1788
XI. Organisation der Zollverwaltung	1789
C. Einfuhrabgabenrechtliche Grundlagen	1790
I. Rechtsquellen	1790
II. Waren	1791
III. Zollrechtlicher Status einer Ware	1792
IV. Zollgebiet	1792
V. Verbringen in das Zollgebiet	1792
VI. Verbringen aus dem Zollgebiet	1793
VII. Zollverfahren	1793
VIII. Zollschuldrechtliche Grundlagen	1794
IX. Einfuhrumsatzsteuer	1797
D. Hinterziehung von Zöllen und Einfuhrumsatzsteuer	1798
I. Allgemeines	1798
II. Delikte beim Verbringen von Waren in das Zollgebiet	1802
III. Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung	1804
IV. Verletzung der Gestellungspflicht	1806
V. Delikte während der vorübergehenden Verwahrung	1816
VI. Delikte bei der Zollanmeldung	1817
VII. Delikte im Postverkehr	1826
VIII. Delikte im Versandverfahren	1828
IX. Delikte im Zusammenhang mit Zolllagern	1832
X. Delikte im Zusammenhang mit Freizonen	1835
XI. Delikte bei der vorübergehenden Verwendung	1837
XII. Delikte bei der Endverwendung	1841
XIII. Delikte bei der Veredelung	1844
XIV. Delikte beim Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet	1846
XV. Delikte bei der Truppenverwendung	1849
XVI. Weitere Begehungsformen	1852
XVII. Unverzollte Ware unklarer Herkunft	1855
E. Verbrauchsteuerrechtliche Grundlagen	1856
I. Grundgesetzliche und europarechtliche Vorgaben	1856
II. Nationales Recht	1857
III. Grundlagen der Steuerentstehung	1858
F. Hinterziehung von Verbrauchsteuern	1860
I. Allgemeines	1860
II. Delikte bei der Einfuhr	1860
III. Delikte beim innergemeinschaftlichen Verbringen von Waren	1863
IV. Delikte bei der Beförderung unter Steueraussetzung	1878
V. Steuerlagerdelikte	1882

Inhaltsverzeichnis

VI. Weitere Begehungsformen	1887
VII. Stromsteuerhinterziehung	1892
VIII. Pflichtwidriges Nichtverwenden von Steuerzeichen (§ 370 Abs. 1 Nr. 3 AO)	1893
IX. Unversteuerte Ware unklarer Herkunft	1895
G. Hinterziehung anderer Steuern im Zollbereich	1895
I. Kraftfahrzeugsteuer	1896
II. Luftverkehrssteuer	1899
H. Steuerhinterziehung mit Auslandsbezug	1900
I. Strafzumessung und Qualifikation	1901
I. Besonders schwere Fälle (§ 370 Abs. 3 AO)	1901
II. Qualifikation (§ 373 AO)	1901
J. Konkurrenzen	1904
I. Steuerhinterziehung und andere Delikte	1904
II. Mehrere Steuerhinterziehungen	1904
K. Bannbruch	1905
I. Allgemeines	1905
II. Verbotswidrige Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Gegenständen	1905
III. Sanktionsbannbruch	1908
IV. Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung als Verbotsbannbruch ..	1909
V. Kein Verbotsbannbruch in anderen Fällen	1912
VI. Qualifikation gemäß § 373 AO	1912
VII. Bannbruch mit Auslandsbezug	1913
VIII. Konkurrenzen	1914
L. Steuerhehlerei	1914
I. Allgemeines	1914
II. Tatobjekt	1915
III. Vortat	1915
IV. Begehungsvarianten	1917
V. Subjektiver Tatbestand	1921
VI. Qualifikation	1922
VII. Steuerhehlerei mit Auslandsbezug	1922
VIII. Konkurrenzen	1922
M. Steuerzeichenfälschung	1924
N. Begünstigung	1925
I. Objektiver Tatbestand	1925
II. Subjektiver Tatbestand	1926
III. Strafflosigkeit bei Vortatbeteiligung (§ 257 Abs. 3 StGB)	1926
IV. Auslandsstaten	1927
V. Konkurrenzen	1927
O. Marktordnungsstraftaten	1927
P. Weitere Rechtsfragen	1928
I. Bagatelldelikte gemäß § 32 ZollVG	1928
II. Bagatelldelikte gemäß § 37 TabStG	1929
III. Einziehung	1930
IV. Selbstanzeige	1931
V. Zollstraftaten als Vortaten einer Geldwäsche	1931
Q. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	1931
I. Festsetzungsverjährung	1931
II. Hinterziehungs- und Verzugszinsen	1932
III. Haftung	1933
IV. Restschuldbefreiung	1935

V. Entzug von Erlaubnissen und Bewilligungen	1935
VI. Ordnungswidrigkeiten	1936
25. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG)	
A. Vorbemerkungen	1941
I. Der Begriff des Außenwirtschaftsrechts	1941
II. Übersicht der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AWG ..	1942
III. Übersicht der Straftaten nach dem KWKG	1942
IV. Übersicht der Straftaten nach dem CWÜAG	1943
V. Die Regelungsebenen des Außenwirtschaftsrechts	1943
VI. Genehmigungen	1952
VII. § 30 AWG	1953
B. Straftaten nach dem AWG	1956
I. Überblick	1956
II. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale	1956
III. § 18 Abs. 1b AWG: Verstöße gegen Kapitalverkehrsvorschriften des AWG und der AWW	1960
IV. § 18 Abs. 2 AWG: Sonstige Verstöße gegen die AWW	1962
V. Absatz 3: Verstöße gegen die Kimberley-Verordnung	1970
VI. Absatz 4: Verstöße gegen die Anti-Folter-Verordnung	1972
VII. § 18 Abs. 5 AWG: Verstöße gegen die Dual-use-VO	1977
VIII. § 18 Abs. 5b AWG: weitere Verstöße gegen die Anti-Folter-Verordnung	1985
IX. Qualifikationen	1986
X. Unrechtmäßig erwirkte oder ersichliche Genehmigungen, §§ 17 Abs. 6, 18 Abs. 9 AWG	1988
XI. Erstreckung auf Auslandstaten, §§ 17 Abs. 7, 18 Abs. 10 AWG	1989
XII. Subjektiver Tatbestand und Irrtümer	1989
XIII. Versuch	1990
XIV. Verjährung	1991
XV. Konkurrenzen	1991
C. Ordnungswidrigkeiten nach dem AWG	1991
I. Überblick und Tatbestände	1991
II. Rechtsfolge	1994
III. Verjährung	1995
IV. Konkurrenzen bei allen Tatbeständen	1995
V. Unterbleiben der Verfolgung als Ordnungswidrigkeit gemäß § 22 Abs. 4 AWG	1995
D. Straftaten nach dem KWKG	1997
I. Einführung	1997
II. Übergreifende Merkmale der Tatbestände: die strafbaren Modalitäten .	1998
III. § 19 KWKG: Strafvorschriften gegen Atomwaffen	2001
IV. § 20 KWKG: Strafvorschriften gegen biologische und chemische Waffen	2003
V. § 20a KWKG: Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und Streumunition	2003
VI. § 22a Abs. 1 Nr. 4 KWKG: Strafvorschriften gegen die ungenehmigte Beförderung zur Verbringung	2004
VII. § 22a Abs. 1 Nr. 5 KWKG: Strafvorschriften gegen die ungenehmigte Beförderung auf Seeschiffen oder mit Luftfahrzeugen	2006
VIII. § 22a Abs. 1 Nr. 7 KWKG: Strafvorschriften gegen ungenehmigte Auslandsgeschäfte durch Vermittlung von Verträgen oder den Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss oder eigenen Abschluss	2006
IX. Verleiten zu/Fördern einer Straftat nach dem KWKG	2007

Inhaltsverzeichnis

X. Konkurrenzen	2008
XI. Einziehung	2008
E. Ordnungswidrigkeiten nach dem KWKG	2008
F. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem CWÜAG	2009
I. Straftaten nach dem CWÜAG	2010
II. Ordnungswidrigkeiten nach dem CWÜAG	2012
G. Zuständigkeiten für die Überwachung und Verfolgung	2013

26. Kapitel. Sanktionen bei Embargoverstößen

A. Vorbemerkungen	2019
I. Begriff des Embargos	2020
II. Betroffene eines Embargos	2020
III. Die Regelungsebenen des Embargorechts	2021
IV. § 30 AWG	2027
B. Embargoverstöße als Straftaten nach dem AWG	2028
I. § 17 Abs. 1 AWG: Verstöße gegen Waffenembargos	2028
II. § 18 Abs. 1 AWG	2039
III. § 18 Abs. 1a AWG: Zuwiderhandeln einer vollziehbaren Anordnung nach § 6 Abs. 1 S. 2 AWG	2048
IV. § 18 Abs. 5a AWG: Verstöße gegen Meldepflichten nach Art. 9 Abs. 2 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 269/2014	2049
V. Erwirken und Erschleichen einer Genehmigung im Sinne der §§ 17 Abs. 6, 18 Abs. 9 AWG	2050
VI. Erstreckung auf Auslandstaten, §§ 17 Abs. 7, 18 Abs. 10 AWG	2050
C. Embargoverstöße als Ordnungswidrigkeiten nach dem AWG	2050
I. § 19 Abs. 1 AWG	2050
II. § 19 Abs. 3 AWG	2051
III. § 19 Abs. 4 AWG	2051
IV. § 19 Abs. 5 AWG	2052
V. Rechtsfolge	2052
VI. Verjährung	2052
D. Das Sanktionsdurchsetzungsgesetz	2053
I. Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung	2053
II. Meldepflicht	2054
III. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem SanktDG	2054

Ermittlungs- und Strafverfahren

27. Kapitel. Internationale Rechtshilfe

Vorbemerkung	2060
A. Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten	2061
I. Strafrechtliche Angelegenheiten	2061
II. Rechtshilfe	2062
B. Rechtshilfe als Teil international arbeitsteiliger Strafverfolgung	2064
I. Rechtshilfe im Zusammenspiel verschiedener Rechtsordnungen	2064
II. International abgestimmtes Vorgehen	2067
III. Checkliste zu Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines Rechtshilfeersuchens	2071
C. Rechtsquellen	2072
I. Grundstrukturen und Hilfsmittel	2072
II. Rechtsquellen im globalen Netzwerk	2075
III. Rechtsquellen des nationalen Rechtshilferechts	2103

D. Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	2106
I. Nichtgenehmigungsbedürftige grenzüberschreitende Befugnisse	2106
II. Befugnisse von Auslandsvertretungen	2109
III. Rechtshilfe und konkurrierende Strafverfolgungszuständigkeiten	2110
IV. Verhältnismäßigkeit, auch von Aufwand und Ertrag	2118
E. Das Ersuchen um Rechtshilfe (iwS)	2118
I. Verfasser des Ersuchens	2118
II. Form und Inhalt des Ersuchens	2123
III. Geschäftsweg	2123
IV. Notwendige Einschaltung weiterer Behörden	2125
F. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtshilfe	2129
I. Allgemeine Voraussetzungen	2129
II. Besonderheiten für Fiskaldelikte	2134
III. Spezifische Voraussetzungen einzelner Maßnahmen	2135
IV. Grenzen der Rechtshilfenutzung, Spezialität	2141
G. Ausgewählte Länderspezifika	2144
I. Schengenstaaten	2144
II. Besonderheiten der Schweiz	2145
III. Liechtenstein	2149
IV. Vereinigtes Königreich und Irland	2150
V. Mittel- und Osteuropa	2151
VI. Vereinigte Staaten und Kanada	2152
VII. Steueroasen in Übersee	2153
VIII. Asien und Ozeanien	2153

28. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens

A. Durchsuchung und Beschlagnahme	2157
I. Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen – Beschlagnahmeverbot gemäß § 97 StPO	2157
II. Entbindung von der Schweigepflicht	2172
III. Zufallsfunde	2175
IV. Folgen des Beschlagnahmeverbots	2176
V. Beschlagnahme von Behördenakten gemäß § 96 StPO	2176
VI. Verwertbarkeit von „Steuerdaten-CDS“	2177
VII. Zulässige Dauer der Durchsicht von Unterlagen gem. § 110 StPO	2178
B. Einzelfragen der Akteneinsicht	2179
I. Rechtsweg gegen die Versagung der Akteneinsicht des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren	2179
II. Akteneinsichtsrecht im Ausgangsverfahren nach Verfahrenstrennung ..	2179
III. Anhörung des Beschuldigten vor Erteilung der Akteneinsicht an den Verletzten	2180
C. Einzelfragen der Zeugenanhörung	2181
I. Zeugnisverweigerungsrecht eines Notars und seines Gehilfen gem. § 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 3, § 53a StPO bei amtspflicht- und gesetzeswidriger Umsetzung eines dem Notar erteilten Auftrags	2181
II. Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen (§ 55 StPO)	2183
III. Fragebögen an Zeugen zur Sachverhaltsaufklärung im Rahmen des Ermittlungsverfahrens	2185
D. Verwertbarkeit von Angaben im Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO	2186
E. Verbot des Selbstbelastungszwangs im Steuerstrafverfahren	2188
I. Problemstellung	2188
II. Recht zur Lüge?	2189

Inhaltsverzeichnis

III. Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen für nachfolgende Besteuerungszeiträume oder Verwendungsverbot?	2190
IV. Einschränkende Auslegung des Verwendungsverbots bei Selbstanzeige gemäß § 371 AO	2192
V. Verpflichtung die Einkünfte betragsmäßig offen zu legen?	2193
F. Datenschutz im Ermittlungs- und Strafverfahren	2194
I. Rechtsgrundlagen	2194
II. Einzelfragen des Datenschutzes im Ermittlungs- und Strafverfahren	2196

29. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren

A. Vorbemerkung	2203
B. Beweisantragsrecht	2204
I. Verfassungsrechtliche Anbindung des Beweisantragsrechts	2204
II. Das Verhältnis zur Aufklärungspflicht nach § 244 Abs. 2 StPO	2205
III. Der Begriff des Beweisantrags	2206
IV. Formelle Anforderungen und Verfahren	2207
V. Der bedingte Beweisantrag	2211
VI. Die inhaltlichen Anforderungen an das Beweisbegehren	2216
VII. Beweisanregung, Beweisermittlungsantrag und Scheinbeweisantrag	2229
VIII. Die Entscheidung über den Beweisantrag	2233
IX. Die Ablehnung des Beweisantrags	2235

30. Kapitel. Cybercrime – Strafprozessuale Ermittlungen

A. Einführung	2263
I. Einleitung	2263
II. Bedeutung der IT-Beweissicherung	2267
III. Personelle und organisatorische Maßnahmen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten	2269
B. Einzelne Zwangsmaßnahmen	2271
I. Durchsuchungen im IT-Bereich (§§ 102 ff. StPO)	2271
II. Beschlagnahme von Computerdaten (§§ 94 ff. StPO)	2289
III. Strafprozessuale Mitwirkungspflichten	2301
IV. Eingriffe in die Telekommunikation	2306
C. Ermittlungen im Internet	2357
I. „Polizeistreifen“ in Datennetzen	2358
II. Online-Zugriff auf fremde Daten	2359
III. Einsatz sonstiger neuer technischer Mittel	2367
D. Ermittlungen mit Auslandsbezug	2368
I. Einzelne Ermittlungsbefugnisse	2369
II. Verwertung von Beweismitteln	2374
E. Zugriff auf verschlüsselte Daten	2375
I. Methoden der Datenverschlüsselung	2375
II. Bekanntgabe von Verschlüsselungsmechanismen	2377
F. Zusammenfassung und Ausblick	2378

31. Kapitel. Verständigung

Vorbemerkung	2384
A. Einführung	2384
I. Allgemeine Bemerkungen	2384
II. Der Standpunkt des Bundesgerichtshofs bis zum Inkrafttreten des Gesetzes	2387
III. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	2388

IV. Die „Wächterfunktion“ der Staatsanwaltschaft	2390
V. Kurzübersicht zur Gesetzesentstehung	2391
B. Die gesetzliche Regelung	2392
I. Überblick	2392
II. Anwendungsbereich des Gesetzes	2392
III. Die einzelnen Verfahrensabschnitte	2393
IV. Ordnungswidrigkeitenverfahren (§ 78 Abs. 2 OWiG)	2424

**32. Kapitel. Vermögensabschöpfung (mit Abgrenzung zu §§ 74 ff. StGB),
vorläufige Sicherung von Vermögenswerten, Vollstreckung rechtskräftiger
Einziehungsentscheidungen und Opferentschädigung**

A. Einleitung – Geschichtliche Entwicklung	2430
B. Die Abgrenzung der §§ 73 ff. StGB von den Einziehungsvorschriften der §§ 74 ff. StGB	2432
I. Die Rechtsnatur der Einziehungsentscheidungen nach den §§ 73 ff. StGB und §§ 74 ff. StGB und die sich daraus ergebenden Folgen	2432
II. Die Einziehung nach §§ 74 ff. StGB – Überblick	2433
III. Die einzuziehenden Gegenstände: Tatmittel, Tatprodukt oder Tatobjekt?	2434
IV. Wichtigste Voraussetzung für eine Einziehung nach §§ 74 ff. StGB: Tatmittel, Tatprodukt oder Tatobjekt steht im Eigentum des Täters/ Teilnehmers	2436
VI. Ermessensausübung, Verhältnismäßigkeit, Einfluss auf Strafzumessung .	2440
C. Materielle Rechtsgrundlagen der Vermögensabschöpfung gem. §§ 73, 73a–73e, § 76a StGB	2441
I. Rechtsnatur und Zweck	2441
II. Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern, § 73 StGB .	2441
III. Die Einziehung des Wertes von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern	2446
IV. § 73a StGB – Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern	2452
V. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB	2454
VI. Die Abschöpfung bei mehreren Betroffenen – Leitlinien und Tenorierung	2462
VII. Die selbständige Einziehung nach § 76a StGB	2462
D. Die vorläufige Vermögenssicherung nach §§ 111b ff. StPO	2468
I. Sicherung des Anspruchs auf Einziehung durch Beschlagnahme gem. § 111b Abs. 1 StPO	2470
II. Sicherung des Anspruchs auf Wertersatzeinziehung durch Vermögensarrest nach § 111e StPO	2472
III. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an Verletzte(n) bei Beschlagnahme und Vermögensarrest gem. § 111l StPO	2475
IV. Herausgabe	2476
E. Vollstreckung von rechtskräftigen Einziehungsentscheidungen	2477
I. Allgemeines	2477
II. Vollstreckung der Einziehung von originär Erlangtem, § 73 StGB	2477
III. Vollstreckung der Einziehung des Wertes von Taterträgen, § 73c StGB	2478
F. Opferentschädigung	2479
I. Opferentschädigung bei Einziehung von Taterträgen	2480
II. Opferentschädigung bei Einziehung des Wertes von Taterträgen	2481
III. § 459l StPO – Ansprüche des Betroffenen	2482

33. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen

A. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	2486
I. Berufsauftrag des Strafverteidigers	2486
II. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen und Medien	2488
III. Die Sockelverteidigung	2491
IV. Die Unternehmensvertretung	2493
B. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	2497
I. Vorbemerkung	2497
II. Aktivitäten des Verteidigers im Ermittlungsverfahren	2497
III. Verteidigung bei Durchsuchung und Beschlagnahme	2509
IV. Erledigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	2516
C. Verteidigung im Zwischenverfahren	2518
D. Verteidigung im Hauptverfahren	2520
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	2520
II. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung	2522

34. Kapitel. Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen

A. Begriffsbestimmungen	2527
I. Geschädigte, Opfer, Verletzte	2527
II. Schlussfolgerungen	2530
B. Geschädigte und Geschädigtenvertreter	2531
C. Die Zeugenvernehmung Geschädigter	2533
I. Verletzte als Beweismittel und Prozesssubjekte zugleich	2533
II. Befugnisse nach § 406f Abs. 1 StPO	2533
III. Befugnisse nach § 406f Abs. 2 StPO	2534
D. Die Strafanzeige	2534
I. Entscheidung über die Anzeigerstattung	2534
II. Form und Inhalt der Strafanzeige	2536
III. Weiteres Vorgehen nach der Anzeigerstattung	2537
E. Informationsrechte	2539
I. Übersicht	2539
II. Akteneinsicht, § 406e StPO	2539
III. Pflichtgemäße Mitteilung nach § 406d StPO	2544
F. Anwesenheits- und Teilnahmerechte	2546
G. Private Ermittlungen Geschädigter	2548
I. Übersicht	2548
II. Rechtlicher Rahmen	2549
III. Praxishinweise	2552
H. Strafprozess und Schadenswiedergutmachung	2553
I. Übersicht	2553
II. Verfahrenseinstellung nach § 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO	2554
III. Einziehung und Opferentschädigung nach neuem Recht	2554
IV. Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a StGB	2555
V. Adhäsionsverfahren nach §§ 403 ff. StPO	2556
VI. Bewährungsaufgabe nach §§ 59, 59a Abs. 2 Nr. 1 StGB	2561
VII. Möglichkeiten nach dem Urteil	2562
VIII. Sonstiges	2562
Sachverzeichnis	2565